

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

Der Fall Venezuela

Als im Februar 1956 der Präsident des Gewerkschaftsbundes von Venezuela im Exil, *P. B. Perez Salinas*, in der Zeitschrift des IBFG, „Freie Gewerkschaftswelt“, einen Aufsatz über die venezolanische Militärdiktatur veröffentlichte, konnte er noch die Behauptung wagen, daß sich trotz der glanzvollen Oberfläche dieses vom Rohölexport begünstigten Landes „ein wirtschaftlicher Bankrott anzeigt“. Heute, nach Ausbruch des Suezkonflikts, der Venezuelas Bedeutung als Öllieferant gegenüber den Nahost-Ländern erheblich hat steigen lassen, wäre eine solche Aussage unrealistisch. Jetzt gilt, weit mehr noch als vorher, für Venezuela die Charakterisierung, die das Londoner Wirtschaftsblatt „Economist“ vor Jahresfrist brachte: „Land eines Booms ohne Krisen“. Muß daraus geschlossen werden, daß der gewerkschaftsfeindliche oder wenigstens dem IBFG und seinen Grundsätzen ablehnend gegenüberstehende Teil der südamerikanischen Mächte sowie der interamerikanisch tätigen Großunternehmungen in Venezuela ein Land gefunden hat, von dem aus er sukzessive den übrigen Kontinent seinen Gesichtspunkten unterordnen kann?

Diese Frage ist von großer Bedeutung, denn die Lage der freien Gewerkschaftsbewegung ist in den meisten lateinamerikanischen Ländern prekär. Das Problem der nachperonistischen Gewerkschaftsentwicklung in Argentinien ist ungeklärt. In Chile wurde, als die unaufhaltsam fortschreitende Inflation zu Lohnkämpfen führte, den Bemühungen um ein einheitliches Vorgehen der durch Gesetz betriebsgebundenen Gewerkschaftsbewegung das Recht auf landesumfassende Aktionen abgestritten. Die Regierung *Ibanez* hat die vorübergehend geschlossenen Konzentrationslager wieder aufgemacht, und es sitzt außer sogenannten Kommunisten auch chilenische Gewerkschaftsprominenz hinter Stacheldraht. Brasilien will unter Präsident *Kuhitschek* auf das „Recht“ nicht verzichten, durch Beschluß des bundesstaatlichen Arbeitsministeriums Gewerkschaftsführer abzusetzen. Es hat erst im Sommer 1956 den Vorsitzenden der Industrieverbände, *Cavalcanti*, der auch Vizepräsident des IBFG ist, seines Amtes enthoben. In Guatemala sind seit dem Regierungswechsel, der maßgeblich von Interessen des „United Fruit“-Konzerns bestimmt war, die gewerkschaftlichen Arbeitsverhältnisse überaus schwierig. Man könnte, wenn der Raum ausreichte, diese Aufzählung vervollständigen.

Auf der anderen Seite weist die Landkarte Südamerikas für die freigewerkschaftlichen Bestrebungen nicht nur dunkle Flecke auf. Die

jahrelange Zusammenarbeit von Staat und freien Gewerkschaften in Mexiko, die das Land vor größeren Arbeitskonflikten nun schon geraume Weile bewahrt hat, beginnt Eindruck zu machen, auch in den Vereinigten Staaten. Es darf als erfreuliches Symptom verzeichnet werden, daß Außenminister *Dulles* persönlich bei der Amtseinsetzung des echt gewählten und auf ein Demokratisierungsprogramm verpflichteten peruanischen Präsidenten *Manuel Prado Ugarteche* in Lima zugegen war. In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift ist über die Hoffnungen berichtet worden, die sich auf gewerkschaftspolitischem Gebiet an diesen Neuanfang in Peru knüpfen. Er steht mit dem Demokratisierung und Sozialreform bejahenden Kurs im benachbarten Bolivien in Zusammenhang. Es treffen somit zwei Entwicklungswellen in den lateinamerikanischen Ländern auf einander, und die Lage ist für die freigewerkschaftliche Internationale nicht nur prekär. Sie birgt auch Chancen.

Um beides richtig in seiner Bedeutung gegeneinander abzuwägen, muß man bedenken, daß die panamerikanische Politik in diesem Jahr einen bedeutenden Schritt zur Vereinheitlichung getan hat. Daran sind freilich mehr die Fernraketen und die durch sie bedingten Umwälzungen in der Großraumstrategie schuld als sozialreformatorische Projekte. Die Konferenz der amerikanischen Präsidenten in Panama vom 21. Juli hat den Beschluß gefaßt, die sogenannte „Karibische Schutzzone“ für den Panamakanal auf ganz Lateinamerika auszudehnen. Das ist eine in der Öffentlichkeit bisher nur wenig beachtete Entscheidung, die aber weittragende Folgen für das Vorantreiben der amerikanischen „Integration“, oder um es einmal „neuroeuropäisch“ auszudrücken, der militärischen „Infrastruktur“ der Neuen Welt haben wird. Je mehr sie militärisch-strategisch eine Einheit wird, um so eher wird auch die sozialpolitische Vereinheitlichung Fortschritte machen. Eben darum ist die Frage von Bedeutung, ob ein Versuch Aussicht hat, alle lateinamerikanischen Länder nach dem „Modell Venezuela“ von den zahlreichen sozialen Unruheherden zu befreien, die sie gegenwärtig erschüttern — oder ob statt dessen die von der freien Gewerkschaftsinternationale empfohlenen demokratischen Methoden sich im panamerikanischen Bereich und in Washington Geltung verschaffen. Venezuela ist ein „Testfall“. Es verführt zu sozialpolitisch autoritären Ideologien, weil seine Volkswirtschaft durch den Öl-Boom und den enormen Ausbau der neuentdeckten Erzvorkommen Füllhorn über Füllhorn von „Glücksgütern“ über sich ausgegossen sieht.

Die Regierung des Militärdiktators General *Marcos Perez Jimenez* hat seit ihrem Amtsantritt aus den volkswirtschaftlichen Gefahren einer einseitigen Begünstigung von Monokulturen kein Hehl gemacht. Sie legte sogar Wert darauf, der Bevölkerung das Schlagwort einzuhämmern, es gelte, „das Petroleum auszu-

säen“ („Sembrar el petroleo“). Dieser nicht unvernünftige Slogan ist keineswegs auf dem Papier geblieben. Venezuela hat unter amerikanisch-britisch-schwedischer Sachverständigenberatung, aber auch mit eigenem Einsatz die ihm aus dem Ölexport zuströmenden Reichtümer „auszusäen“ versucht. Seine Volkswirtschaft steht nicht vor dem Bankrott. Vielmehr ist durch höhere Gewalt „the boom that never burst“ auf einen neuen Gipfel gehoben worden, und man bemüht sich, durch große öffentliche Arbeiten, durch Staudämme und Bewässerungsprogramme, durch beginnende Gesundheitsschutz- und Hygienemaßnahmen, durch eine Förderung der in Caracas und anderwärts beinahe explosiven Bautätigkeit — die zaghaft, aber immerhin, durch ein soziales Bauprogramm ergänzt wird —, ferner durch Elektrifizierung, durch Straßen- und Eisenbahnbau und letztlich und endlich auch vermittels einer Begünstigung bisher vernachlässigter einheimischer Industriezweige, „das Petroleum auszusäen“. Da Westdeutschland unlängst mit der Regierung in Caracas in Verbindung getreten ist, um seine Einfuhr nach Venezuela zu steigern, und außerdem westdeutsche Ölfirmen begonnen haben, über eine eventuelle Konzessionierung in der Barinas-Region zu verhandeln, wird diese moderne Seite der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Jimenez voraussichtlich bei uns bald bekannter werden als bisher.

Problematisch aber bleibt, welche Bedeutung man dem „Venezolanischen Wirtschaftswunder“ auf die Dauer zumessen soll. Wieviel Tiefenwirkung ist ihm zuzutrauen, und ist es gestattet, ihm richtungweisende Bedeutung für die gesamte amerikanische Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik zuzugestehen? Hier ist große Skepsis am Platz. Lateinamerika gehört nun einmal zu den ärmsten Gegenden der Erde, obwohl ihm reiche Bodenschätze zuteil geworden sind. Venezuela zählt trotz seines 1922 ernsthaft einsetzenden „Booms“ zusammen mit Kolumbien und Peru, mit Bolivien, Ekuador und Chile zu den ausgesprochenen Hungergebieten. 50 vH seiner Kinder auf dem Lande bekommen nach exilgewerkschaftlichen Feststellungen das ganze Jahr hindurch keine Milch, 58 vH kein Fleisch, 89 vH kein Ei. Die Landwirtschaft liegt durch generationenlange Mißwirtschaft schwer darnieder. Schon die blutige Diktatur des Präsidenten Gomez, die vom Anfang des Jahrhunderts bis zu Gomez' Tode, 1935, reichte — und die vom Shellkonzern leider begünstigt wurde —, hat das Latifundienwesen in unverantwortlicher Weise begünstigt. Als Jimenez 1948 durch Militärputsch seine Regierung antrat, war es der reformfreundlichen Nachkriegsbewegung der „Acion Democrata“ unter Führung des Schriftstellers *Romulo Gallegos* noch nicht gelungen, der von ihr beabsichtigten Agrarreform zum Siege zu verhelfen. Damals wie heute besitzen in Venezuela etwa 5 vH der Bevölkerung an 70 vH des Bodens.

Die Not ist besonders groß bei der indianischen Landbevölkerung. Mangelkrankheiten, wie Beriberi, sind weit verbreitet. Die einseitige Ernährung durch Bohnen und Mandiokmehl weicht nur langsam einer gelegentlichen Verbesserung, und bei dieser spielen ernährungsmäßig minderwertige Einfuhrkonserven eine große Rolle. Kalkmangel und dadurch bedingte Zahnfäule sind weit verbreitet. In den wenigen über das Land hin tätigen Polikliniken wird behauptet, daß etwa 95 vH der Bevölkerung Venezuelas an Wurmkrankheit leiden, die Folge ist hochgradige Blutarmut. Charakteristisch ist für die eisenarme Ernährung die Gewohnheit des Essens eisenhaltiger Erde, die bewirkt, daß die Menschen mächtige Bäuche mit sich herumtragen. Das Gesundheitsprogramm der Regierung hat andererseits Fortschritte in der Bekämpfung der Malaria erzielt. Sie rühmt sich, diese Krankheit fast beseitigt zu haben, aber sonst ist den Segnungen einer Politik des Petroleumaussäens noch weitester Spielraum gelassen. Selbstverständlich ist nicht alles Übel auf das Konto der Jimenezdiktatur oder der Ölgesellschaften in Venezuela zu schreiben. Man schätzt, daß von 128 Millionen der Bevölkerung ganz Lateinamerikas drei Viertel unterernährt und krank sind. Das niedrige Durchschnittsalter bestätigt die bedenklichen Statistiken.

Glanz und Elend der Monokulturen lassen sich also im Fall Venezuela besonders eingehend studieren. Das Charakteristische aber ist, daß seine gegenwärtigen Alleinherrscher das Elend als solches einigermaßen genau erkannt haben und daß sie es — genötigt durch den großen Eindruck, den der Idealismus der „Acion Democrata“ seit den ersten Demokratisierungsaktionen des Generals *Medina* im Jahr 1941 und der Herrschaftszeit von *Romulo Gallegos* auf weite, auch indianische Volkskreise gemacht hat — zu bekämpfen versuchen. Sie weigern sich aber, dafür echt demokratisch-freigewerkschaftliche Hilfe und Mitwirkung anzunehmen. Sie beschränken sich auf eine staatskontrollierte Scheingewerkschaft und versuchen im übrigen durch einen „Glanz“ der Monopolkulturvolkswirtschaft ohnegleichen, das Elend in den Hintergrund zu drängen.

In der Politik des „Überglänzens“, die für das Venezuela von heute charakteristisch ist, wird neuerdings ein Anlauf genommen, der alles Bisherige in den Schatten stellt. Die Regierung Jimenez ist im Begriff, neben die imposante Fassade des zu einer Millionenstadt emporgewachsenen Caracas mit seinen Büropalästen und Luxushotels, seinem Entslumungsprogramm, seinen Paradeschwimmbädern und -krankenhäusern, seinen Golfplätzen und modernen Schulen, nun auch eine „Wissenschaftsstadt“ hoch oben in den Bergen zu setzen. Sie wird, wenn ihr Aufbau einmal vollendet ist, der eigenen Bevölkerung und der Außenwelt imponieren. Über dieses Projekt sind erst in letzter Zeit nähere Angaben an die Öffentlich-

keit gedrungen. Danach werden über zwanzig hochmoderne wissenschaftliche Institutionen in den Bergen bei Caracas, 1700 m über dem Meeresspiegel, aufgebaut. Darunter sind Laboratorien für Radiologie und Biophysik, ein Gehirnforschungszentrum, das dem venezolanischen Professor *Humberto Fernandez* unterstellt werden soll, der zuvor acht Jahre lang bei dem bekanntesten schwedischen Gehirnspezialisten *Olivecrona* in Stockholm gearbeitet hat. Ein Virusinstitut zur Erforschung tropischer Nervenerkrankungen ist vorgesehen, ein Atomforschungsinstitut und noch vieles andere mehr. Die Pläne zu dieser gewaltigen Anlage im Bergdschungel oberhalb von Caracas sind von zwei schwedischen Architekten ausgearbeitet worden, die ihren Kostenvoranschlag auf etwa 160 Millionen Schwedenkronen abstellten. Alles wird aus Öleinnahmen bezahlt. Die Regierung von Venezuela legte besonderen Wert darauf, daß dieses glanzvolle und repräsentative Zentrum moderner Wissenschaft — mitten in einem „unterentwickelten“ Lande — unmittelbar an der großen panamerikanischen Straße gelegen sein wird, die die Südspitze Argentinien durch Süd-, Mittel- und Nordamerika hindurch mit Kanada und Alaska verbindet. Diese Leistung der autoritären Regierung von Venezuela und des mit ihr eng verbundenen Großkapitals wird also kein Mensch übersehen können, der je im Auto oder im Bus in der Nord-Süd-Richtung an Caracas vorbeifährt. Man will ein Gegenstück schaffen zu dem repräsentativen Forschungszentrum, das der General-Motors-Konzern in Detroit in Nordamerika im Glanz von langen Reihen von Fontänen errichtet hat. Das ist natürlich nicht bloßer Bluff. Medizinisch und volkshygienisch können bedeutende Wirkungen von solchen Palästen des Wissens in den Anden ausgehen. Sie predigen freilich außerdem das Evangelium des Fortschritts ohne Demokratie und ohne gewerkschaftliche Freiheitsrechte. Das wird eine ihrer Nebenaufgaben sein — und nicht die unwichtigste.

Es wird allen selbstbewußten Stiftungen und humanitären Gesten zum Trotz nicht leicht sein, diese „Nebenaufgabe“ zu bewältigen. Bisher sind die Versuche, das undemokratische und antigewerkschaftliche Vorgehen der Autokraten zu „überglänzen“ stets gescheitert an der zähen Anhänglichkeit, die die analphabetische, aber darum nicht völlig „ungebildete“ Bevölkerung dem großen Erneuerungswillen des Romulo Gallagos und dem sozialen Idealismus der von Jimenez ins Exil getriebenen Gewerkschaften bewahrt hat. Man glaubte sich in Caracas bereits vor Jahren am Ziel. 1952 wurden allgemeine Wahlen ausgeschrieben, weil die Diktatur erwartete, die Bevölkerung werde ihr, angesichts des stürmischen Aufbaus von Caracas und der Entfaltung einzelner begünstigter Wirtschaftszweige, freiwillig ihre Stimme geben. Das Ergebnis dieses 30. November war niederschmetternd. Niemand hatte es vorausgesehen,

denn eine „Meinungsbefragung“ außerhalb demokratischer Abstimmungen, wie in Nordamerika, gibt es natürlich in Ländern wie Venezuela nicht. Obwohl sämtliche Wahllokale durch Militär besetzt waren und Wahlpflicht bestand, erzielte die straff organisierte Jimenezpartei „Frente Electoral Independente“ keine Mehrheit, sondern die in jeder Weise benachteiligte, kleine Oppositionsgruppe „Union Republicana Democrática“ (URD) errang den Sieg. Am Montag, der dem Wahlsonntag folgte, wurden daher sämtliche Zeitungen in Venezuela beschlagnahmt. Es hatte sich gezeigt, daß die Exilgewerkschaften und die *Acion Democrática* ihren Anhang der URD mit vollem Erfolg zugeführt hatten. Erst am 13. Dezember wurden die — natürlich verfälschten — amtlichen Wahlergebnisse veröffentlicht. In ihnen erhob die Regierung den Anspruch auf 59 von insgesamt 104 Sitzen in der Konstituante. Gleichzeitig übernahm Jimenez, der zuvor „nur“ das Kriegsministerium innegehabt hatte, die Präsidentschaft. Der autoritäre Kurs stützte sich weiterhin allein auf die Armee, die *Guardia Civil* und die Staatspolizei.

Als die 10. interamerikanische Konferenz im März 1954 in Venezuelas Hauptstadt zusammentrat, mußte sie in der durch Stacheldraht vom übrigen Caracas abgetrennten Universitätsstadt und unter dem Schutz zahlreicher Polizeistreifen tagen. Nur so war man sicher, daß sich nicht jene blutigen Gewalttaten wiederholten, die bei der neunten interamerikanischen Konferenz in Bogota in Kolumbien im April 1948 ungefähr 1500 Menschen das Leben gekostet haben — wobei es um ein Haar selbst dem Außenminister der Vereinigten Staaten an den Kragen gegangen wäre

Diese Zusammenhänge muß man kennen, um zu begreifen, warum es zwischen Venezuela und der freien Gewerkschaftsinternationale noch immer zu keiner Verständigung gekommen ist und weshalb von Oktober 1955 bis Februar 1956 im benachbarten Curaçao die niederländischen Behörden alles daran setzten, daß der IBFG am Aufbau freidemokratischer Gewerkschaften gehindert würde. Damals wandte sich die Regierung von Venezuela in direkten Schreiben an die Leiter der Ölgesellschaften von Curaçao, um darzulegen, daß sie die Verarbeitung des venezolanischen Rohöls im eigenen Lande beschleunigt fördern werde, falls in Curaçao Gewerkschaften zugelassen würden, die dem IBFG angeschlossen wären. Nur durch eine Intervention der IBFG-Zentrale bei der Regierung der Niederlande, und eine Demarche beim Internationalen Arbeitsamt (dessen Mitglied Venezuela seit Mai 1955 nicht mehr ist, dem aber die niederländischen Antillen angehören), gelang es dem IBFG und dem Internationalen Verband der Petroleumarbeiter, die Einwirkung Venezuelas auf Curaçao zu überwinden. Es ging dabei keineswegs bloß um Angelegenheiten von lokaler Bedeutung, son-

dern um die große Linie der lateinamerikanischen Gewerkschafts- und Sozialpolitik. Der „Feind“ der autoritären Richtung, die immer noch von manchen nordamerikanischen Konzernen begünstigt wird, hat vor den Toren von Venezuela Fuß gefaßt. In Curacao existieren freie Gewerkschaften.

Wenn die neue Wissenschaftlerstadt hoch in den Bergen über Caracas fertiggestellt sein wird, dann soll die Spitze ihres Bibliotheksgebäudes allnächtlich mit Scheinwerfern so angestrahlt werden, daß Präsident Jimenez vom Altan seines Regierungsgebäudes aus diese leuchtende Kuppel sehen kann. Er wird seine Besucher dorthin führen und zuversichtlich hoffen, daß überhaupt die ganze Welt, wenn sie an Venezuela denkt, ihre Blicke wie gebannt auf dieses internationale Forschungszentrum richtet. Die Politik des „Überglänzens“ des antigewerkschaftlichen Elends und der undemokratischen Regierungsmethoden durch den technischwissenschaftlichen Fortschritt nimmt in dieser Gründung konkrete Gestalt an. Es geht ihr nicht nur um Venezuela, sondern um den ganzen lateinamerikanischen Kontinent. Vene-

zuelas politischer Kurs bildet die Antithese zu dem in Mexiko und neuerdings in Bolivien und Peru verfolgten. Eines Tages aber wird man sich einigen müssen, denn die Neue Welt ist nicht nur strategisch, sondern auch sozialpolitisch darauf angewiesen, sich zu „integrieren“ und dabei ihre Völker und Regime ideologisch miteinander zu verschmelzen. Es mag sehr wohl sein, daß jener Staatschef von Venezuela, der zum erstenmal die Kuppel des Bibliotheksgebäudes des Forschungszentrums bei Caracas in den Bergen aufleuchten sieht, hoch über dem Karibischen Meer, keineswegs nur stolze, selbstsichere Gedanken und Pläne in seinem Herzen bewegt. Wahrscheinlich wird er sich der Einsicht nicht verschließen können, daß der Erdteil, der sich immer mehr zu einem Ganzen zusammenschließt, Demokratie, freie Persönlichkeitsentwicklung und gewerkschaftliche Freiheitsrechte in hohem Maße braucht — und daß viele wankende Diktaturen hinter den Anden, denen die Vorsehung nicht gestattet, „Öl auszusäen“, im Begriff sind, mit der Gewerkschaftsinternationale ihren Frieden zu machen.

Hans Drugis